



Protokoll der 36. Sitzung des Einwohnerrates

vom 27. September 2023, 17.00 Uhr, im Landratssaal-Provisorium «Kasernenstr. 31»

Anwesend: 35 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Heller Jacques (SP), Jurt Daniel (SVP), Meyer Denise (SVP), Oberholzer Natalie (GL), Schäfli Patrick (SVP)

Traktanden	Laufnummer
Traktandenliste	
<i>://: Gemäss Antrag der abwesenden Verfasserin Natalie Oberholzer (GL) wird das Postulat «Pflichtparkplätze» (Nr. 2023-186) von der Traktandenliste abgesetzt.</i>	2023-186
1. Stadtsaal (ehemals Engelsaal): Weiterbetrieb, Baukredit <i>://: Einstimmig wird die stadträtliche Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen und die Finanzkommission (FIKO) zu einem Mitbericht eingeladen.</i>	2023-190
2. Digitalisierung der Stadtverwaltung Liestal: Kreditantrag zur Realisierung <i>://: Die stadträtliche Vorlage wird einstimmig an die Finanzkommission (FIKO) zur Vorberatung überwiesen.</i>	2023-191
3. Teilzonenvorschriften Zentrum, Mutation Kantonsgericht <i>://: Einstimmig wird die stadträtliche Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.</i>	2023-193
4. Bildungsreglement – Bericht Stadtrat zu Postulat betreffend Änderung des Bildungsreglementes und/oder der Verordnung über die Kostenbeiträge für schulische Veranstaltungen ausserhalb des Unterrichts von Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion, Bernhard Bonjour der SP-Fraktion und Eva Eugster der FDP-Fraktion <i>://: Der stadträtliche Bericht Nr. 2022-155a wird einstimmig zur Kenntnis genommen. ://: Das Postulat wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.</i>	2022-155 2022-155a
5. Notschlafstellen – Interpellation «Notschlafstellen in Liestal» von Séverine Salathe der SP-Fraktion <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>	2023-185

- | | | |
|----|---|---------------------------------|
| 6. | Begrünung Bahnhof – Zweiter Bericht Stadtrat zu Postulat «Begrünung des Bahnhofs Liestal bei bestehenden und künftigen Bauten» von Benjamin Holinger der Grünen Fraktion
<i>://: Der zweite stadträtliche Bericht zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2018/76b wird einstimmig zur Kenntnis genommen.
://: Das Postulat Nr. 2018/76 wird mit 28 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen als erfüllt abgeschrieben.</i> | 2018/76
2018/76a
2018/76b |
| 7. | Sicherheit für Langsamverkehr – Bericht Stadtrat zu Postulat «Sicherheit für den Langsamverkehr im Glindweg – Industriestrasse – Schönthalweg» von Vreni Wunderlin und Yves Jenni der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion
<i>://: Einstimmig wird vom Stadtratsbericht zum Postulat Kenntnis genommen.
://: Das Postulat Nr. 2022-139 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.</i> | 2022-139
2022-139a |
| 8. | Entschädigungsreglement-Revision – Motion der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) zur Revision des Entschädigungsreglements
<i>://: Die Motion Nr. 2023-188 wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2023-188 |
| 9. | Sanierungsarbeiten A22 – Postulat «Sanierungsarbeiten der A22, Verkehrsleitung und Wahrung der Lebensqualität in Liestal» von Albert Berisha der SP-Fraktion
<i>://: Das Postulat Nr. 2023-189 wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2023-189 |

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) heisst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur heutigen Ratssitzung willkommen.

Mitteilungen des Ratspräsidiums und des Ratsbüros

Am 16. September 2023 hatte das Fest «A22 unter den Boden» stattgefunden. Der Einwohnerrat hatte ja bereits eine Resolution verabschiedet und kann mit einer IG-Mitgliedschaft weitere diesbezügliche Bemühungen unterstützen.

Auch der Anlass «175 Jahre Bundesverfassung» hatte stattgefunden. Beim Podiumsgespräch wurde der Wunsch geäussert, dass dieses Jubiläum jedes Jahr gefeiert wird. Vielleicht feiert ja Liestal als Vorreitergemeinde künftig nicht nur den 1. August, sondern auch den 12. September.

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Die heutige Sitzung dürfte wegen der Anzahl traktandierter Geschäfte wohl nicht zu lange dauern, doch wird um ca. 18.30 Uhr gleichwohl eine Pause eingeschalten.
- Das Büro trifft sich in der Pause beim Ratspräsidium kurz zu einer ausserordentlichen Bürositzung gemäss Mail und Einladung des Ratsschreibers vom heutigen Nachmittag.
- Das Büro hatte an seiner letzten Sitzung entschieden, dass die Pendenzenliste mit den unerledigten Ratsgeschäften und Vorstössen künftig allen Ratsmitgliedern zugestellt wird.
- Den Ratsmitgliedern ist am 23. September 2023 die Einladung zum Einwohnerratsausflug vom 1. November 2023 zugestellt worden. An- und Abmeldungen sind Vizepäsident und Organisator Daniel Schwörer (FDP) bis am 25. Oktober 2023 mitzuteilen.
- Interfraktionelle Restaurant-Besuche: Im Anschluss an die heutige Sitzung trifft man sich im Restaurant Krone. Sie wird vor der Pause mit einer Umfrage die ungefähre Teilnehmerzahl ermitteln.

Neue persönliche Vorstösse

- Solarstrompotenzial – Postulat «Solarstrompotenzial der öffentlichen Gebäude nutzen» von Anita Baumgartner namens der SP-Fraktion (Nr. 2023-192)
- Fenster für Ukraine – Interpellation «Fenster für die Ukraine. Liestal unterstützt diese Initiative» von Simone Burkhardt der Grünen Fraktion (Nr. 2023-194)
- Sicherheit Schulkinder auf Sichertornstrasse – Postulat «Mehr Sicherheit für Schulkinder auf der Sichertornstrasse» von Philipp Franke, Sibylle Schenker und Michael Durrer namens der Grünen Fraktion (Nr. 2023-195)
- Wahlinformation – Postulat «Optimierte Wahl-Information für Liestal» von Domenic Schneider GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2023-196)

Stimmzähler*innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- Lukas Heinzelmann (SVP, Ersatzm.) Seite A (SP, GL)
- Thomas Eugster (FDP) Seite B (GLP/EVP/Die Mitte + Präsidium)
- Abt Florian (SP) Seite C (FDP, SVP)

Mitteilungen Stadtrat

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) hält fest, dass das Büro an der letzten Sitzung entschieden hatte, dass über die SBB-Baustellen vom Stadtrat nur noch alle zwei Monate oder bei Bedarf gegebenenfalls auch früher informiert wird.

Stadträtin Marie-Theres Beeler meint bezüglich den stadträtlichen Infos zu den SBB-Baustellen, dass es ja darum geht, dass der Einwohnerrat jeweils erfährt, was seit der letzten Ratssitzung anders ist als vor einem Monat, um gegebenenfalls auch Fragen aus der Bevölkerung beantworten zu können. Sie wird deshalb nicht periodisch alle zwei Monate, sondern bei Bedarf dann informieren, wenn sich wesentliche Dinge ändern.

Am 30. August 2023 hatte eine Anwohnerinfo stattgefunden, bei welcher unter anderem auch über die neue Personenunterführung Oristal informiert wurde. Auf der Sichern-Seite gibt es ab nächstem Montag auch eine Personenunterführung.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Aus dem Einwohnerrat werden keine Wortbegehren angemeldet.

Traktandenliste

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass sich unter anderem Natalie Oberholzer (GL) für die heutige Sitzung entschuldigen liess und sie deshalb die Absetzung ihres Vorstosses «Pflichtparkplätze» beantragt.

Sie kann nach Umfrage feststellen, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt und das Postulat «Teilrevision Zonenreglement Siedlung für weniger Pflichtparkplätze» (Nr. 2023-186) von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) kann feststellen, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird einstimmig gemäss Einladungsschreiben vom 13. September 2023 mit der vorgängig beschlossenen Änderung beschlossen.

295 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Stadtsaal (ehemals Engelsaal): Weiterbetrieb, Baukredit (Nr. 2023-190)

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat vor, dass die Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen wird und die Finanzkommission (FIKO) zu einem Mitbericht eingeladen wird.

Vreni Wunderlin (GLP) erklärt namens der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion, dass der Stadtsaal bzw. ehemalige Engelsaal im Stedtl immer wieder diskutiert wird. Es nützt nichts, wenn man sich über die ganze Vorgeschichte ärgert. Seit vier Jahren ist der Saal ungenutzt und dennoch kostet uns dieser. Das vorliegende Konzept sieht auf den ersten Blick spannend aus, doch ist es wichtig, dass von der BPK die Details angeschaut werden. Die Kosten sind enorm, doch müssen wir wohl in den sauren Apfel beißen. Die FIKO sollte die Wirtschaftlichkeit genau prüfen. Der Saal ist für die Vereine zentral und nun sollte nicht noch viel Zeit verloren werden, sondern vorwärts gemacht werden. Ihre Fraktion wird dem Antrag des Büros zustimmen.

Peter Bürgin (FDP) informiert als FDP-Fraktionssprecher, dass man den Büro-Antrag ebenfalls unterstützen wird. Der Engelsaal bzw. Stadtsaal ist ein leidiges Thema. Dieser wird seit nunmehr anfangs 2020 nicht mehr vom Hotel Engel betrieben und bei der Regelung der Stockwerkeigentumsverhältnisse ist nicht berücksichtigt worden, was denn passiert, wenn dieser nicht mehr vom Hotel Engel betrieben wird. Nun stehen wir vor der Tatsache, dass die neue Situation wiederum enorme Kosten verursacht. Auch ist nie angedacht worden, dass der Saal von der Stadt betrieben wird. Nun muss eine vernünftige und sinnvolle Lösung gefunden werden, damit dieser von der Liestaler-Bevölkerung für grössere Anlässe benutzt werden kann, da es in Liestal nicht sehr viele Möglichkeiten gibt, einen Event mit mehr als 200 Personen durchführen zu können. Die Kosten sind nun auch wesentlich höher ausgefallen, als man sich dies in einer ersten Phase vorgestellt hatte und angesichts der Finanzlage von Liestal muss der beantragte Kredit bei der Vorberatung genau unter die Lupe genommen werden.

Markus Rudin (SVP) erklärt als SVP-Fraktionssprecher, dass man der Überweisung an die BPK zustimmen wird, jedoch eine Vorberatung durch die FIKO ablehnt, denn bis anhin konnte die BPK auch Geschäfte mit finanziellen Belangen prüfen. Zumal werden der FIKO bald grössere Geschäfte überwiesen und es soll zu keinen Verzögerungen kommen. Von der BPK sollte auch geprüft werden, wie gross der Bedarf für eine Saalbenützung durch die Vereine sowie Dritte überhaupt ist.

Patrick Mägli (SP) hält als Sprecher der SP-Fraktion fest, dass man den Antrag des Büros unterstützen wird. Beim Engelsaal wurden in der Vergangenheit tatsächlich schon viele Fehler gemacht und so freut man sich über die stadträtliche Vorlage, mit welcher das Ganze aufgefangen wird und für die Zukunft eine gute Lösung sein soll. Der Lösungsvorschlag sieht auf den ersten Blick gut aus und die BPK sollte aber das Geschäft dennoch genau anschauen.

Anita Baumgartner (GL) gibt als Sprecherin der Grünen Fraktion bekannt, dass man den Antrag des Ratsbüros ebenfalls unterstützen wird. Inhaltlich möchte sie auf das Geschäft nicht näher eingehen, da das Wichtigste bereits vorher gesagt wurde.

Stadträtin Pascale Meschberger freut sich sehr, dem Einwohnerrat die neue Vorlage zum neuen Stadtsaal vorlegen zu dürfen. Das unterbreitete Konzept ist bestechend einfach und gut, obwohl einige Jahre seit der Schliessung verstrichen sind. Es kostet zwar wieder etwas, doch hat es seinen Wert, wenn man sieht, was man dafür bekommt. Natürlich ist der Stadtsaal kein Ersatz für die Stadthalle, welche man mit einer Initiative gefordert hatte, doch wird der

Stadtsaal wesentlich zur Qualität von Liestal beitragen. Dass der Saal durch die Stadt selbst betrieben wird, sollte schlussendlich auch den Vereinen zugutekommen. Das Bedürfnis nach einem solchen Saal ist unbestritten vorhanden. Mit den Benützungsgebühren sollten die laufenden Kosten gedeckt werden können, wenn man die Vereinssubventionen nicht mitberücksichtigt. Sie erinnert sich noch gerne an ihre Jugendzeit zurück, wo verschiedene Vereinsanlässe wie der Turnerabend usw. im Engelsaal durchgeführt wurden. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie der Saal auch künftig genutzt werden kann, weshalb auch die Mietpreise unterschiedlich sind. Sie freue sich darauf, über weitere Details in den vorberatenden Kommissionen berichten zu können.

Lukas Heinzelmann (SVP) gibt als Einzelsprecher zu bedenken, dass die BPK auch die Situation bezüglich den Stromkabeln genau anschauen sollte, damit wir nicht das gleiche Problem wie beim Gestadeck-Schulhaus bekommen, wo nachträglich noch eine zusätzliche Million bewilligt werden musste.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Es kommt nun zu einer Eventualabstimmung, da es von der SVP-Fraktion einen Änderungsantrag gibt.

- ://: Dem Antrag des Ratsbüros für eine Überweisung an die FIKO und die BPK stimmen 29 Ratsmitglieder zu.
Der Änderungsantrag der SVP-Fraktion, dass die stadträtliche Vorlage nur an die BPK überwiesen wird, wird von 5 Ratsmitgliedern unterstützt.
- ://: Einstimmig wird die stadträtliche Vorlage Nr. 2023-190 zur Vorberatung an die Bau- und Planungskommission (BPK) überwiesen und die Finanzkommission (FIKO) zu einem Mitbericht eingeladen.

296 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Digitalisierung Stadtverwaltung, Kredite (Nr. 2023-191)

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat vor, dass das Geschäft an die Finanzkommission (FIKO) überwiesen wird.

Roger Ballmer (FDP) erklärt als FDP-Fraktionssprecher, dass man es begrüsse, dass das Digitalisierungsprojekt nach der Sistierung im Jahr 2021 wieder Fahrt aufgenommen hat und die ursprünglichen Arbeiten nochmals überprüft wurden. Für das weitere Vorgehen liegt auch eine klare Roadmap vor. Es wird schon ein sehr hohes Ziel definiert, dass Liestal die digital fortschrittlichste Gemeinde im Kanton Basel-Landschaft werden möchte, was natürlich alle freuen würde. Das IT-Projekt in dieser Grössenordnung soll nur gerade in 2 Jahren umgesetzt werden und den verschiedenen Risiken soll im Vorfeld die gebührende Beachtung geschenkt werden. Seine Fraktion begrüsst die Überweisung der Vorlage an die FIKO zur Vorberatung.

Sonja Niederhauser (EVP) hält als Fraktionssprecherin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion fest, dass man das Votum des Vorredners unterstützen kann und der Überweisung an die FIKO ebenfalls zustimmen wird. Bereits heute möchte sie einige Fragen festhalten, welche man von der FIKO gerne geklärt haben möchte: Was ist der Grund, dass die jährlichen Kosten nahe bei den Implementierungskosten liegen? Welches sind die effektiven Nutzen für die Bevölkerung und das Personal der Verwaltung? Ist davon auszugehen, dass die jährlichen Kosten von rund TCHF 200 mit der Einsparung von Personalkosten bzw. Stellenprozenten ausgeglichen werden?

Markus Hügin (SVP) führt als SVP-Fraktionssprecher aus, dass man der Überweisung an die FIKO zustimmen wird. Ihm ist es auch ein Anliegen, dass man beim Projekt ebenfalls beachtet, dass es nach wie vor Einwohnerinnen und Einwohner gibt, welche über keinen PC und/oder ein Natel verfügen.

Alexandra Muheim (SP) merkt als SP-Fraktionssprecherin an, dass man eine Vorberatung durch die FIKO ebenfalls unterstützt. Wichtig findet die SP-Fraktion, dass im Zusammenhang mit der öffentlichen Ausschreibung nicht einfach das günstigste Angebot bei den einmaligen Kosten, sondern auch die späteren jährlichen Kosten berücksichtigt werden sollten. Auch die Kundenfreundlichkeit müsste bei der Arbeitsvergabe eine wichtige Rolle spielen.

Philipp Franke (GL) äussert als Sprecher der Grünen Fraktion, dass man sich den Vorrednern anschliesse und die Überweisung der Vorlage an die FIKO unterstütze.

Bernhard Bonjour (SP) meint als Einzelsprecher, dass er von den technischen Belangen wenig verstehe. Er findet, dass die Verfasser der Vorlage doch einiges geleistet haben. Er findet die sprachlichen Begriffe bei solchen Vorlagen immer spannend. So kann man in der Vorlage lesen, dass man die digital fortschrittlichste Gemeinde im Kanton werden möchte und wenig später kann man in etwas gekürzter Form lesen, dass Liestal überhaupt die fortschrittlichste Gemeinde im Kanton werden möchte. Bei der Vorberatung durch die FIKO müsste vielleicht auch noch thematisiert werden, welche Ansprüche und Denkweisen hinter solchen Aussagen stecken. Als Einwohnerrat und Einwohner ist er nämlich froh, wenn sein PC funktioniert und sollten seine Bedürfnisse nach der Digitalisierung noch gerecht werden, würde er es vermutlich gar noch toll finden. Und es steckt wohl schon etwas dahinter, wenn mit der Digitalisierung sogar noch Superlativen erfüllt werden sollen.

Stadtpräsident Daniel Spinnler dankt für die positiven Rückmeldungen. Die Grafiken der gedruckten Einwohnerratsvorlage sind nicht gerade gut lesbar und dies sollte im Zusammenhang mit der Digitalisierung besser und fortschrittlicher werden. Auch der Kanton und viele andere Gemeinden sind im Zusammenhang mit der Digitalisierung ambitiös unterwegs und Liestal befindet sich aktuell immer noch in der Steinzeit, da die jetzigen Applikationen zwar noch gewartet, aber nicht mehr weiterentwickelt werden. Bei der Vorlage handelt es sich jedoch nicht um ein alleiniges IT-Projekt, sondern um ein Organisationsentwicklungsprojekt. Mit dem ambitionierten und hochgesteckten Ziel möchte man erreichen, die fortschrittlichste Gemeinde unseres Kantons zu werden, obwohl einige Gemeinden hinsichtlich der Digitalisierung schon früher als Liestal begonnen haben. Im Zusammenhang mit dem Organisationsweiterentwicklungsprojekt zeichnet Herr Tobias Fischer als interner Projektleiter verantwortlich, welcher an der heutigen Ratssitzung präsent ist und die Anliegen des Einwohnerrates aufnimmt, welche in der FIKO behandelt werden. Die drei Kernapplikation sind bereits öffentlich ausgeschrieben worden, worüber man die FIKO bereits schon vorinformiert hatte. Die Werte der Ausschreibung sind zusammen mit einem Reservebetrag für die beantragten Kredite herbeigezogen worden, damit ein Nachtragskredit vermieden werden kann. Das Vergabeentscheid-Datum wird mit der FIKO noch besprochen. Auch werden Fragen bezüglich dem Hosting wie Datenschutz, Cyber-Security usw. noch mit der FIKO diskutiert. Bezüglich möglicher Risiken möchte er festhalten, dass Liestal kein eigenes Entwicklungsprojekt aufgleist, sondern es wird ein System ausgewählt, welches bereits funktioniert und im Einsatz ist. Auch soll nicht einfach das günstigste Angebot ausgewählt und mögliche Nachzahlungen in Kauf genommen werden, wie dies in anderen Gemeinden auch schon passiert ist. Es ist nicht die Idee, dass alles digitalisiert wird und sich niemand mehr in der Verwaltung aufhält, denn Leute können nicht einfach so ersetzt werden und es wird auch weiterhin Schalter im Rathaus geben. Primär geht es nun darum, die Geschäftsverwaltung-Software «Gever» einzuführen. Dann sollen die Kernapplikationen EWK und ERP umgesetzt werden, bevor die Umsysteme aktualisiert werden. Der Stadtrat freut sich auf die Meinungen und Diskussionen im Zusammenhang mit der Vorberatung des Geschäfts in der FIKO.

Vreni Wunderlin (GLP) möchte wissen, ob Liestal über eine Cyber-Versicherung verfügt.

Stadtpräsident Daniel Spinnler informiert, dass wohl viele Firmen und Private über eine Cyber-Versicherung verfügen. Man hatte dann oftmals festgestellt, was für Schäden generiert wurden und deshalb ist man mit der Deckung zurückgegangen. Die Stadtverwaltung verfügt über eine ähnliche Versicherung, doch viel wichtiger ist, dass man sich so absichert, dass solche Cyberangriffe eigentlich gar nicht passieren können.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die stadträtliche Vorlage Nr. 2023-191 zur Vorberatung an die Finanzkommission (FIKO) überwiesen.

297 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Teilzonenvorschriften Zentrum, Mutation Kantonsgericht (Nr. 2023-193)

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung vor.

Patrick Mägli (SP) führt als SP-Fraktionssprecher aus, dass man eine Vorberatung durch die BPK unterstützt. Das Projekt ist gut und sorgfältig ausgearbeitet worden, sollte aber in der BPK doch noch genau angeschaut werden, handelt es sich beim Kantonsgericht doch um ein wichtiges Puzzleteil im Raum zwischen dem Stedtli, dem neuen Orispark sowie Bahnhof.

Peter Bürgin (FDP) erklärt als Sprecher der FDP-Fraktion, auch seine Fraktion wird den Überweisungsantrag unterstützen. Das Kantonsgericht braucht noch mehr Platz und das Provisorium soll ersetzt werden, weshalb wegen dem Projekt die Zonenvorschriften angepasst werden müssen. Das Projekt ist bereits von kommunalen sowie kantonalen Kommissionen begutachtet und die angemerkten Korrekturen sind entsprechend umgesetzt worden. Die Voraussetzungen sind nun gegeben, dass die neue Situation von der BPK abschliessend angeschaut sowie beurteilt werden kann. Das ganze Projekt ist sinnvoll und auch die ISOS-Anliegen werden umfassend eingehalten. Das Kantonsgericht soll in der Kantonshauptstadt Liestal erhalten bleiben und es muss eine Lösung gefunden werden, wie sie nun mit der vorliegenden Vorlage präsentiert wird. Von der BPK müssen die Schnittstellen zu den umliegenden Parzellen sowie Quartierplänen und auch die Parkierungsmöglichkeiten genau angeschaut werden.

Markus Rudin (SVP) spricht sich als SVP-Fraktionssprecher ebenfalls dafür aus, dass die stadträtliche Vorlage der BPK zur Vorberatung überwiesen wird. Das Kantonsgericht-Projekt ist wichtig, da dieses im Blickfeld des Bahnhofs, der Allee und des Stedtli liegt.

Vreni Wunderlin (GLP) teilt als Sprecherin der GLP/EVP/Die Mittefraktion mit, dass man das Erweiterungsprojekt ebenfalls in der BPK beraten soll, obwohl dieses schon von verschiedenen Instanzen und Kommission bereits geprüft wurde.

Stadtrat Daniel Muri meint, dass es sich beim Kantonsgericht-Projekt um eine ganz sensible Geschichte handelt. Für den Stadtrat ist es ganz wichtig, dass das Kantonsgericht in der Kantonshauptstadt Liestal bleibt. Dazu braucht es Kompromisse und Lösungen. Das Gebäude wurde ca. 1850 als Schulhaus alleinstehend an der Hangkante gebaut und der Eingang war ursprünglich dort, wo heute der hässliche Anbau als Provisorium steht. Das denkmalgeschützte Gerichtsgebäude braucht einen sensiblen Umgang und er freut sich auf die Beratung sowie Diskussion in der BPK.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die stadträtliche Vorlage Nr. 2023-193 zur Vorberatung an die Bau- und Planungskommission (BPK) überwiesen.

298 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Bildungsreglement – Bericht Stadtrat zu Postulat betreffend Änderung des Bildungsreglementes und/oder der Verordnung über die Kostenbeiträge für schulische Veranstaltungen ausserhalb des Unterrichts von Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion, Bernhard Bonjour der SP-Fraktion und Eva Eugster der FDP-Fraktion (Nr. 2022-155)

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Bernhard Bonjour (SP) nimmt als Postulant zur stadträtlichen Postulatsbeantwortung Stellung, nachdem er sich vorgängig noch mit der heute abwesenden Mitpostulantin Natalie Oberholzer (GL) abgesprochen hatte. Die Beweggründe der Postulanten sind im Vorstoss aufgeführt. Die Zielsetzungen des Vorstosses können wie folgt kurz festgehalten werden: Die Eltern sollen nicht für etwas zahlen, was sie gemäss Gesetzgebung nicht müssten. Es soll Unterricht ausserhalb des Schulhauses stattfinden, selbst wenn man keine Elternbeiträge dafür erhält. Im Bildungsreglement soll das darin stehen, was gilt.

Die Kostenbeschränkung ist vom Stadtrat in der Verordnung neu geregelt und im Budget 2024 die Ausgaben für Exkursionen erhöht worden. Die Bestimmungen der Verordnung liegen in der Kompetenz des Stadtrates, doch sind die Reglementsbestimmungen nicht konsequent angepasst worden, wobei die Forderungen der Postulanten dennoch erfüllt werden. Seine Ausführungen sind ebenfalls als Stellungnahme der SP-Fraktion zu verstehen.

Eva Eugster (FDP) möchte als Mitpostulantin die Sitzung nicht unnötig verlängern, zumal das Wichtigste bereits vom Vorredner gesagt wurde.

Lorenz Holinger (SVP) legt als SVP-Fraktionssprecher dar, dass sich seine Fraktion mit der stadträtlichen Handhabung und dem Lösungsvorschlag einverstanden erklären kann. Die neuen Tarife sind sicher ein guter Kompromiss und somit wird man den Stadtratsanträgen auch zustimmen.

Anita Baumgartner (GL) dankt als Fraktionssprecherin der Grünen Fraktion dafür, dass vom Stadtrat zumindest die Verordnung angepasst wurde. Bedauerlicherweise sind die Kostenbeiträge gemäss § 1 der Verordnung nicht erhöht bzw. der Teuerung angepasst worden, sind doch in den letzten 17 Jahren diverse Preise für Bahnfahrten, Eintritte usw. immer wieder erhöht worden. Eine Anpassung der Verordnung und/oder der Budgetzahlen könnte ja vom Stadtrat immer noch veranlasst werden. Den stadträtlichen Anträgen wird man zustimmen.

Benjamin Erni (EVP) informiert als Sprecher der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion, dass man den Anträgen des Stadtrates zustimmen wird und sich über die bereits vorgenommenen Anpassungen in der Verordnung ebenfalls freut. Richtig und wichtig ist auch die Budget-Anpassung. Exkursionen sollten aber nicht nur für den zweiten Zyklus möglich sein, ohne dass sich die Eltern finanziell beteiligen müssen. So müssen sich Eltern für einen Zolibesuch in Basel, welcher für Zweitklässler gratis ist, doch noch an den Bahnkosten finanziell beteiligen, was nicht unbedingt ein tolles Bild für die Schule Liestal abgibt, wenn doch andere Gemeinden auf solche Elternbeiträge verzichten können.

Stadtrat Lukas Felix hält fest, dass die verfassungsrechtlichen Grundsätze bei der nächsten ordentlichen Revision des Bildungsreglementes angegangen werden, der Bundesgerichtsentscheid vom Stadtrat aber bereits in der Bildungsverordnung berücksichtigt wurde. Zudem möchte er festhalten, dass sich die Primarstufe Liestal stets konform und gemäss Bundesgerichtsentscheid verhalten hatte und den Interpretationsspielraum maximal ausgenützt hatte. Es gibt praktisch keine freiwilligen Veranstaltungen, welche von der Primarstufe Liestal

durchgeführt werden. Und es werden nur diejenigen Kosten in Rechnung gestellt, welche die Erziehungsberechtigten bei solchen Veranstaltungen einsparen. Gemäss Bundesgerichtsentscheid dürfen sich die Beiträge zwischen CHF 12.-- und CHF 16.-- bewegen und diese Vorgabe wird eingehalten. Früher wurden CHF CHF 16.-- verlangt und neu sind es CHF 12.--, was dem Mittagstisch-Beitrag entspricht. Bezüglich der von der Grünen Fraktion erwähnten Teuerungsanpassung bei den Entschädigungen gemäss § 1 der Verordnung möchte er festhalten, dass diesbezüglich noch nie Bedarf seitens der Schule angemeldet wurde, diesbezüglich der Stadtrat aber die Verordnung auch noch anpassen könnte. Für den ersten und zweiten Zyklus gelten die gleichen Regeln, wobei im ersten Zyklus nur Exkursionen in der Region und erst im zweiten Zyklus Exkursionen in der ganzen Schweiz gemacht werden.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der stadträtlichen Bericht zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2022-155a wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

://: Das Postulat Nr. 2022-155 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

299 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Notschlafstellen – Interpellation «Notschlafstellen in Liestal» von Séverine Salathe der SP-Fraktion (Nr. 2023-185)

Stadträtin Pascale Meschberger nimmt Bezug auf die Fragen der Interpellantin und beantwortet diese wunschgemäss.

Zur Frage 1: Im Jahr 2021 ist vom Landrat bezüglich Notschlafstellen ein Vorstoss an den Regierungsrat überwiesen worden. Ein weiteres Postulat ist dieses Jahr überwiesen worden und somit ist der Regierungsrat gerade doppelt im Zugzwang. Nach geltender Gesetzgebung wären alleine die Gemeinden zuständig für Notschlafstellen, was sie aus verschiedenen Gründen nicht sinnvoll findet und deshalb erläutern möchte. Gemäss Schätzungen des Regierungsrates und Fachpersonen der FHNW geht man davon aus, dass es im Kanton Basel-Landschaft bis zu 70 obdachlose Personen gibt. Um eine Notschlafstelle sinnvoll betreiben zu können, bedarf es einer gewissen Grösse und es sollten 2 – 3 Notschlafstellen für unseren Kanton genügen. Ein anderes Problem sind Obdachlose, welche gar keine richtige Meldeadresse haben und keiner Gemeinde klar zugewiesen werden können. So dürften sich allfällige Zuweisungen gegebenenfalls negativ auf die Sozialhilfekosten von Notschlafstellen-Standortgemeinden auswirken. Der Regierungsrat wird vermutlich eine Gesetzesänderung vorschlagen und neu die Kosten für die Notschlafstellen übernehmen.

Zur Frage 2: Diese Frage kann wohl erst nach Beantwortung der landrätlichen Vorstösse durch den Regierungsrat beantwortet werden. Bei den von der Stadt Liestal organisierten Armut-Workshops mit Hilfsorganisationen, Kirchen usw. ist auch schon das Thema Notschlafstellen sowie Notwohnungen diskutiert worden. In Liestal gibt es bereits das Angebot des Heilsarmee-Männerheimes. Das Bedürfnis an klassischen Notschlafstellen ist sicher vorhanden und Liestal würde sich eigentlich als Standort für eine Notschlafstelle eignen, da man bereits verschiedene Hilfsorganisationen, Institutionen sowie Heime an Ort hat. Zudem liegt Liestal geografisch gut und ist auch mit dem öffentlichen Verkehr gut erschlossen. Es würde sich eigentlich anbieten, dass vom Kanton ein Pilotprojekt in Liestal lanciert würde. Es wird aber erwartet, dass der Kanton für die ganze Finanzierung aufkommt und nicht die Kosten auf die Gemeinden abwälzt. Mit der Ausarbeitung eines konkreten Projektvorschlages der Stadt Liestal dürfte der Kanton gegebenenfalls auch aktiver werden.

Zur Frage 3: Zur Frage bezüglich möglichen Notschlafstellen-Standorten in Liestal kann sie im Moment keine konkreten Aussagen machen. Es sind bereits Ideen vorhanden, doch kann und will sie darauf heute noch nicht eingehen.

Séverine Salathe (SP) dankt als Interpellantin für die ausführliche Beantwortung ihrer Interpellation und wünscht die Diskussion.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Séverine Salathe (SP) startet mit einem kleinen Auszug und Zitat aus einem Gespräch mit einer ihrer Klientin: «... *Es isch nass und kalt hyte. Mi Bekannti het mi vor d Türe gstellt und mis Versteck in dr Tiefgarage isch mr nym sicher gnueg. I weiss wirkli noni won ich der Nacht cha schloofe. Au tagsüber ischs e fang schwer worde mich neume im Trockene ufzhalte. I weiss noni, ob i s Gäld fyr e Nacht in dr Nootschlyffi zämme bikum aber i muess es versueche, au wenns mi viel Kraft und Überwindig koschtet fremdi Mensche uf dr Strooss nach Münz zfrooge. Aber jänu, es blybt mir halt nüt anders. I gang nid so gärn in d Nootschlyffi, aber bi dem Wätter han i keini andere Möglichkeit. Und uf dr Gmaind kann i mi hyt nym mälde, die hän zue am Wucheänd...*». Solche und ähnliche Gespräche führt sie immer wieder mit ihren Klientinnen. Es wird Zeit, dass sich ein Land um solche Einwohnerinnen und Einwohner kümmert und für lebenswichtige niederschwellige Unterkünfte sorgt. Die jetzige Praxis mit mühseligem Suchen nach Notplätzen bzw. Unterkünften in Jugendherbergen, in Hotels oder auch Unterkünften, welche teilweise in einem desolaten Zustand sind, bringt nicht nur einen grossen

Aufwand für die Sozialen Dienste mit sich, sondern ist auch ein Kostenfaktor. Die Lösung mit Kostengutsprachen für die Notschlafstelle in Basel wird gehandhabt, ist aber kurzfristig nicht umsetzbar und auch nur eine niederschwellige Lösung für die Betroffenen. Bestehende Heime sind für kurzfristige Lösungen konzeptionell auch nicht für Notschlafstellen ausgelegt. Gut findet sie, dass auf Kantonebene diesbezüglich bereits zwei Vorstösse hängig sind und entsprechende Massnahmen auch geprüft werden. Erfreulich wird dieses Thema bereits in Liestal diskutiert und mögliche Massnahmen geprüft.

Lukas Heinzelmann (SVP) berichtet als Fraktionssprecher der SVP-Fraktion, dass im Februar 2017 im Landrat eine ähnliche Anfrage von der damaligen Landrätin Marie-Theres Beeler doch sehr gut beantwortet wurde. Die damaligen Antworten des Regierungsrates wollte er selber nochmals prüfen und so kann er über seine Abklärungen wie folgt berichten:

Gemäss Herrn Andreas Brändli vom Wohnheim Brücke der Heilsarmee erhält man wieder einmal Anfragen von Männern, doch diese suchen meist Übernachtungsmöglichkeiten für einen längeren Zeitraum. Die Bezahlung von Übernachtungsmöglichkeiten im Wohnheim und/oder der Notschlafstelle in Basel sowie die Übernahme von Fahrkosten etc. ist immer wieder ein Problem. Die Notwendigkeit von Notschlafstellen wird auch von ihm nicht bestritten und die Heilsarmee könnte gegebenenfalls zur Lösungsfindung beitragen, indem man beispielsweise 2 – 3 Zimmer für einen Pilotversuch zur Verfügung stellt. Der Betrieb und die Nutzungsdauer müssten noch genauer angeschaut werden.

Von Herrn Manuel Breiter, Geschäftsleiter «Migration und Integration» der Stiftung Heilsarmee Schweiz, hat er erfahren, dass die Nachfrage nach Notschlafstellen in grösseren Städten grösser ist als in kleineren Gemeinden. Die Kosten für 4 Zimmer mit Waschküche und Küche belaufen sich dann auch schon bald einmal auf 400 - 500 TCHF im Jahr, hinzukommen noch Betreuungskosten im grösseren Ausmass. Mit der Nutzung von bereits bestehenden Synergien könnten die Kosten reduziert werden. Er würde sich gegebenenfalls auch als Berater zur Verfügung stellen, sollte dies gewünscht sein.

Herr Ramseier vom Sozialamt BL hat ihn darüber informiert, dass man maximal 2 – 3 Anfragen für Notschlafstellen-Kostengutsprachen im Monat erhält, wobei es sich meist um Asylanten mit abgeschlossenem Asylverfahren handelt. Diese werden dann meist an die Gemeinde verwiesen, wo sie angemeldet sind oder sich am meisten aufhalten.

Gemäss Auskunft der Sozialabteilung der Stadt Liestal erhält man ebenfalls 1 – 2 Anfragen pro Monat bezüglich Kostengutsprachen. Ein grösseres Problem war es, als die Notschlafstelle Basel während der Corona-Pandemie keine Auswärtigen mehr aufnehmen konnte.

In Laufen existiert auch eine Notschlafstelle, doch kostet dort eine Übernachtung CHF 40.-- für Gäste aus anderen Gemeinden.

Von Frau Anne Göckel hat er bezüglich der Notschlafstelle Basel erfahren, dass es bis anhin rund 1'042 Übernachtungen von Leuten des Kantons Basel-Landschaft gab. Diese Übernachtungen verteilen sich auf 25 Personen bzw. 17 Männer und 8 Frauen. Dies ist ein kleiner Rückgang, denn im Landratsprotokoll konnte er nachlesen, dass es im Jahr 2016 noch 32 Personen unseres Kantons waren. Auf eine Nachfrage hat er folgende schriftliche Mitteilung erhalten: «Aktuell lässt die Auslastung unserer Notschlafstellen die Unterbringung von Personen aus BL zu. Es kann aber immer vorkommen, dass wir die Betten für eigene Zwecke benötigen, wie während der Corona-Pandemie oder für die Unterbringung von Bettler/-innen aus Osteuropa. In einem solchen Fall können wir keine ausserkantonalen Personen mehr berücksichtigen.»

Abschliessend möchte er festhalten, dass Liestal im Moment vermutlich gar keine Notschlafstelle braucht. Gespräche mit der Heilsarmee und die Nutzung bereits vorhandener Synergien macht wohl schon Sinn, falls wir wieder einmal eine ähnliche Situation wie in der Corona-Zeit haben sollten.

Richard Gafner (FDP) dankt namens der FDP-Fraktion für die ausführliche und interessante Beantwortung der Interpellation, denn viele seiner Fragen sind bereits beantwortet worden. Die Bereitstellung von Notschlafstellen muss sicher diskutiert werden, doch zuallererst soll der Entscheid des Kantons abgewartet werden. Liestal hat bereits verschiedene Angebote anderer Art in Liestal und er möchte schon noch wissen, ob die meisten Anfragen für Notschlaf-

stellen von Liestal und Region kommen oder kommen diese nicht doch eher aus dem Speckgürtel von rund um Basel herum?

Michael Durrer (GL) dankt als Sprecher der Grünen Fraktion für die Interpellation, die guten und positiven Antworten des Stadtrates sowie die ergänzenden Informationen der Vorsprecher. Es erstaunt ihn auch im vorliegenden Fall einmal mehr, mit welchem Politikum sowie Fragen solche Themen verbunden sind. Auch erstaunt es ihn, dass in unserer reichen Schweiz viele Dinge ohne Organisationen wie beispielsweise die Heilsarmee, private Vereine, Kirchen usw. nicht funktionieren würden, obwohl es eigentlich eine Staatsaufgabe sein sollte, für die Schwächeren besorgt zu sein. Auch er ist der Meinung, dass der Kantonsentscheid zuerst einmal abgewartet werden sollte.

Florian Abt (SP) dankt als Einzelsprecher ebenfalls für den eingereichten Vorstoss seiner Fraktionskollegin sowie dem Stadtrat für die umfassende Beantwortung. In der Bundesverfassung wird im dritten Kapitel unter Absatz 41 festgehalten, dass der Bund und die Kantone sich dafür einzusetzen haben, dass alle Einwohner eine angemessene Wohnung zu tragbaren Bedingungen finden können. Diese Bestimmung kann im erweiterten Sinn sicher auch auf Menschen ohne festen Wohnsitz angewendet werden. Er persönlich findet, dass Liestal als Kantonshauptort eine klare soziale Verantwortung und Vorbildfunktion hat. Bei all den schönen neuen Bauten in Liestal dürfen wir doch randständige Menschen nicht vergessen. Es unsere Pflicht, alles Machbare zu unternehmen, dass alle Menschen in Liestal die Möglichkeit haben, geschützt und in der Wärme übernachten zu können. Er dankt für die stadträtlichen Bemühungen und freut sich auf die Resultate des Kantons im Zusammenhang mit den hängigen Vorstössen. Er appelliert an alle für die Zukunft, denn für ihn ist Liestal «Unser Liestal» und nicht nur «Mein Liestal».

Vreni Wunderlin (GLP) merkt an, dass auch vom Falkennest in Liestal oftmals spontan Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass zur Interpellation keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2023-185 durch den Stadtrat.

300 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Begrünung Bahnhof – Zweiter Bericht Stadtrat zu Postulat «Begrünung des Bahnhofs Liestal bei bestehenden und künftigen Bauten» von Benjamin Holinger der Grünen Fraktion (Nr. 2018/76)

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Lukas Flüeler (GL) hält anstelle des Postulanten Benjamin Holinger (GL) zum zweiten stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2018/76b fest, dass man diesen mit Interesse gelesen und die Visualisierungen studiert habe. Die vielen Überlegungen und die Bemühungen hat man zur Kenntnis genommen, welche der Stadtrat noch erbringen möchte. Trotzdem muss festgestellt werden, dass in der Zeit des Klimawandels, der Klimaerwärmung sowie Nachhaltigkeit viel mehr gemacht werden könnte bzw. müsste. Seiner Fraktion sind die Vorschläge des Stadtrates einfach noch zu wenig grün. So hat man es ebenfalls vermisst, dass man bezüglich einer Zusammenarbeit der Stiftung „Natur und Wirtschaft“ in der stadträtlichen Antwort nichts lesen konnte, obwohl dies im Vorstoss vorgeschlagen wurde. Seine Fraktion spricht sich gegen eine Abschreibung des Postulates aus.

Benjamin Erni (EVP) informiert als Sprecher der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion darüber, dass man für den Bericht dankt und auch den beiden Anträgen zustimmen wird. Interessant sind die drei vorgestellten Varianten und die Entschlüsse daraus. Begrünungen sind wichtig gegen die Überhitzung und sind auch ein Mehrwert für das Auge. Die Begrünung muss aber doch zweckmässig sowie nachhaltig und für die verschiedenen Bedürfnisse praktikabel sein. Eine vermehrte Begrünung sollte so viel wie möglich stattfinden und so könnten auch Flächen vielleicht künstlerisch verschönert werden, welche nicht begrünt werden können. Dies wird ja auch im hängigen Postulat „Kunst an der Wand“ thematisiert.

Werner Fischer (FDP) dankt als FDP-Fraktionssprecher dem Stadtrat für den umfassenden und detaillierten Bericht, möchte aber eine weitere Ergänzung als Verbesserung mit möglichen zusätzlichen Massnahmen vorschlagen: Freiräume wie Grünflächen, Strassen, Plätze usw. sind Ressourcen der Gemeinden, welche vielseitig umkämpft werden, jedoch für die Lebensqualität enorm wichtig sind. Diese Flächen sollten als „Temperatur-Puffer“ genutzt werden und bestmöglichst in den Wasserkreislauf eingebunden werden. Der Einbau von versickerungsfähigen Belägen wäre eine Möglichkeit, und wenn dies nicht möglich ist, sollte das Wasser anstatt in die Kanalisation in Grünflächen, Mulden usw. geleitet werden, damit dieses dort versickern kann. Begrünte Dachflächen können Regenwasser aufsaugen und verzögert wieder ablaufen lassen, was die Wasserabläufe zurückhalten und die Kanalisationsleitungen sowie Kläranlagen extrem entlasten würde. Solche Massnahmen würden Abwasserleitungen, Kläranlagen usw. entlasten, die Speisung des Grundwassers fördern und die Verdunstung würde auch zur Kühlung des Siedlungsgebietes beitragen. Ganze Quartiere und Stadtteile werden bereits heute mit solchen Massnahmen gefördert bzw. so gebaut, dass Häuser schon gar nicht mehr an eine Kanalisation angeschlossen werden. So gilt alles Wasser, welches über Grünflächen versickert, als Sauberwasser.

Markus Rudin (SVP) findet es als Sprecher der SVP-Fraktion schade, dass von den SBB nicht mehr gemacht wird, als das, was nötig und vorgeschrieben ist. Künftig müssen halt vom Stadtrat Verträge für solche Überbauungen besser ausgehandelt und von der Bau- und Planungskommission auch genauer hingeschaut werden. Den beiden stadträtlichen Anträgen wird man zustimmen.

Florian Abt (SP) hält als SP-Fraktionssprecher fest, dass er heute beim Bahnhof Liestal erstmals die neue Unterführung benützt hatte und er auf diesem Weg von viel Staub und Beton begleitet wurde. Dann musste er entlang der endlosen Betonfassade zum Busbahnhof laufen.

Und so sehr er sich auch auf den Abschluss der Bauarbeiten beim Bahnhof freut, um so mehr bedauert er es auch, dass man beim ganzen Bahnhofareal nicht mehr Grünflächen integrieren konnte. Dem Stadtrat möchte er für die ausführliche Postulatsbeantwortung danken und der aufgezeigten Variante 3 den Vorzug geben. Insbesondere möchte er erwähnen, dass es für Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen wichtig ist, dass diese die Busse unmittelbar an den Bahnhofsausgängen zentral und am gleichen Ort erreichen können. Diesen Umstand gewichtet er genau so hoch, wie den Gewinn an zusätzlichen Grünflächen. Man ist gespannt auf die Umsetzung der stadträtlichen Versprechen im Zusammenhang mit den Grünflächen beim Postplatz, Emma Herwegh-Platz usw. sowie Berücksichtigung bei künftigen Quartierplänen. Den beiden Anträgen wird man ebenfalls zustimmen.

Stadtrat Daniel Muri nimmt zuallererst noch Bezug auf das Votum von Einwohnerrat Lukas Heinzelmann (SVP) beim ersten Traktandum „Stadtsaal“ und hält fest, dass sich die Mehrkosten für die Elektrokabel beim Gestadeck-Schulhaus nicht auf 1 Million Franken, sondern auf TCHF 200 belaufen hatten.

Und bezüglich den vorgängigen Voten zum Postulat Nr. 2018/76 möchte er festhalten, dass die vom Stadtrat bevorzugte dritte Variante aus verschiedenen Gründen Sinn macht. Die Busse müssen dort verkehren bzw. anhalten, wo sie auf dem kürzesten Weg erreicht werden können. Der Nachteil ist, dass dort halt keine Begrünung möglich ist, ansonsten beispielsweise behindertengerechte Bushaltekanten nicht realisiert werden könnten. Eine Begrünung des Postplatzes sowie des Emma Herwegh-Platzes macht deshalb viel mehr Sinn. Der Bereich Hochbau/Planung hatte das Ganze mit dem Amt für Raumplanung, der Abteilung für öffentlichen Verkehr und dem Atelier 231, einem Büro für Städtebau und Landschaftsplanung, angeschaut.

Vreni Baumgartner (GL) hält sich kurz und stellt fest, dass „Grün nicht immer Baum heissen“ muss.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2018/76b.

://: Das Postulat Nr. 2018/76 wird mit 28 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen als erfüllt abgeschrieben.

301 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Sicherheit für Langsamverkehr – Bericht Stadtrat zu Postulat «Sicherheit für den Langsamverkehr im Glindweg – Industriestrasse – Schönthalweg» von Vreni Wunderlin und Yves Jenni der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2022-139)

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Vreni Wunderlin (GLP) dankt als Postulantin für den stadträtlichen Bericht. Gerne nehmen die Verfasser zur Kenntnis, dass man versucht, den unterschiedlichen Anforderungen gerecht werden zu können, geht es doch auch um die Sicherheit beim Langsamverkehr. Es gibt grosse Qualitätsunterschiede im Strassennetz, wie es im Bericht festgehalten wird. Gerade heute hatte sie eine Schulklasse von der Langhagstrasse ins Glind mit dem Velo begleitet und eine Verbreiterung dieses sehr stark befahrenen Abschnittes wäre doch dringend nötig, denn eine Tempovorgabe macht dort wohl kaum Sinn, denn dieser Weg ist für gewisse E-Bike-Fahrer, Mofafahrer, Velofahrer usw. eine kleine Raserstrecke. Aber diesbezügliche Massnahmen werden ja in zwei Monaten geprüft und gegebenenfalls sollte umgehend gehandelt werden. In der Industriestrasse wird eine neue Fernwärmeleitung erstellt sowie die Wasserleitung ersetzt, weshalb der Velo- und Fussgängerweg so ausgebessert werden sollte, dass dieser Abschnitt gefahrlos passiert werden kann. Eine Gesamtanierung macht erst dann Sinn, wenn dort keine Bautätigkeiten mehr stattfinden. Schön ist es, dass Ausbesserungen beim Schönthalweg noch dieses Jahr vorgenommen werden. Die Postulanten nehmen gerne von den im Bericht aufgeführten Massnahmen Kenntnis und sind froh darüber, dass der Stadtrat den Langsamverkehr im Visier hat. Dass der Strassenunterhalt auch für die Finanzen eine Herausforderung ist, wissen wir ja alle. Die Strassen müssen aber so unterhalten werden, dass man diese unfallfrei benutzen kann. Den beiden Anträgen des Stadtrates wird man zustimmen.

Yves Jenni (GLP) hält als Mitpostulant fest, dass er keine Ergänzungen anzubringen habe.

Lorenz Holinger (SVP) bemerkt als SVP-Fraktionssprecher, dass man mit der Postulatsbeantwortung sehr einverstanden ist und es auch begrüsst, dass Strassensanierungen nur bei Notwendigkeit vorgenommen werden. Der Langsamverkehr ist halt wegen den aufgetakelten Elektromotoren auch nicht mehr so langsam, wie er es früher einmal war. Der Schleifewuhweg sollte aber nun doch einmal saniert werden, denn dort ist trotz einer Interpellation im Jahr 2018 noch immer nichts passiert. Spätestens nach Abschluss der Bauarbeiten beim Regierungsgebäude sollte diese Strasse saniert werden. Die stadträtlichen Anträge wird man unterstützen.

Peter Küng (SP) bemerkt als SP-Fraktionssprecher, dass man sich beim Lesen des stadträtlichen Berichtes wieder einmal bewusst wurde, wie hoch der jährliche Aufwand für die Sanierung unserer Strassen ist. Er selbst begrüsst es auch, dass nun der Schönthalweg einmal angegangen wird. Den Anträgen wird man ebenfalls zustimmen.

Werner Fischer (FDP) führt als FDP-Fraktionssprecher aus, dass man für die Postulatsbeantwortung des Stadtrates ebenfalls den besten Dank ausspreche. Es wird begrüsst, dass man die Lebensdauer der Strassen ausnützt und nachhaltig immer wieder saniert. Im Tiefbau sind meist Etappierungen möglich, was im Hochbau halt oftmals nicht möglich ist. Die Strassenunterhaltsarbeiten werden sehr vorbildlich, meist in Eigenregie und im Zusammenhang mit dem Ersatz von Werkleitungen usw. gemacht. Bei einem solch grossen Strassennetz ist es nicht mehr als logisch, dass es halt auch einmal Risse, Schäden usw. gibt, doch muss man das Augenmass im Zusammenhang mit Unterhaltsarbeiten behalten. Den Anträgen des Stadtrates wird man zustimmen.

Domenic Schneider (GLP) nimmt als Einzelsprecher Bezug auf die Aussage seines Vorredners und hält fest, dass er heute ein SBB-Infoschreiben bezüglich den nächsten Bauschritten beim Bahnhof erhalten habe. So wird beispielsweise über bevorstehende Leitungsbauten in der Wiedenhubstrasse informiert und gleichzeitig werden von der Swisscom in derselben Strasse Glasfasernetzkabel verlegt. Diese Arbeiten sollten doch ebenfalls koordiniert werden.

Stadträtin Marie-Theres Beeler dankt für die Rückmeldungen und Komplimente, welche sie gerne weitergeben wird. Mit den Sanierungsarbeiten beim Schönthalweg wird am 11. Oktober 2023 begonnen und dort gibt es auch den Konflikt zwischen dem Fahrkomfort mit dem Velo und den grossen Bäumen entlang dem Weg, doch wird es sicher eine Kompromisslösung geben. Beim Schleifewuhrweg handelt es sich um eine Kantons- sowie Privatstrasse und um keine Gemeindestrasse. Beim Glindweg zeichnet sich für den ersten Teil die Stadt und für den zweiten Teil die Bürgergemeinde verantwortlich. Dort muss der Breite und Zustand des Weges die gebührende Beachtung geschenkt werden. Geschwindigkeitsbegrenzungen für E-Bikes usw. sind nicht nur dort, sondern beispielsweise auch für die Langhagstrasse wichtig und nötig. Kontrollen betreffend Raserstrecken und auch Massnahmen betreffend den Eltern-Taxis beim Rotacker-Schulhaus dürften sicher Sinn machen.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom Bericht zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2022-139a.

://: Das Postulat Nr. 2022-139 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

302 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Entschädigungsreglement-Revision – Motion der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) zur Revision des Entschädigungsreglements (Nr. 2023-188)

Stefan Fraefel (Die Mitte) führt als Motionär bzw. als GOR-Präsident aus, dass das Wichtigste bereits im Vorstoss gelesen werden kann. Der GOR ist aufgefallen, dass der Einwohnerrat gemäss neuem Geschäftsreglement und der Stadtrat unterschiedliche Regelungen bezüglich den Sitzungsgeld-Entschädigungen gemäss Entschädigungsreglement haben. Zwar haben beide einen Entschädigungsansatz von CHF 40.--/Stunde, doch werden Stundenabrechnungen unterschiedlich auf- bzw. abgerundet. Auch müssten vermutlich Bestimmungen bezüglich Spesen- und Pauschalentschädigungen überprüft und gegebenenfalls reglementarisch angepasst werden.

Albert Berisha (SP) bemerkt als SP-Fraktionssprecher, dass man die Überweisung der Motion an den Stadtrat unterstütze.

Richard Gafner (FDP) fügt als FDP-Fraktionssprecher hinzu, auch seine Fraktion wird der Motionenüberweisung zustimmen. Eine einheitliche Regelung und Harmonisierung der diesbezüglichen Regelungen wird begrüsst. Es ist zudem wichtig, dass widersprechende Regelungen abgeschafft werden.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden. Eingangs des Traktandums hatte sie vergessen, die Frage zu stellen, ob der Stadtrat den neuen Vorstoss übernehmen möchte oder nicht, was man entschuldigen möchte.

Stadtpräsident Daniel Spinnler äussert, dass der Stadtrat bereit ist, die Motion zu übernehmen. So besteht bei § 3 Absatz 5 bezüglich den stadträtlichen Spesen ein Widerspruch, denn eigentlich hat der Stadtrat keine Spesen-Pauschale, sondern eine Sitzungsgeld-Pauschale, was von der Steuerverwaltung auch so akzeptiert wird.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die Motion Nr. 2023-188 wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

303 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Sanierungsarbeiten der A22 – Postulat «Sanierungsarbeiten der A22, Verkehrsleitung und Wahrung der Lebensqualität in Liestal» von Albert Berisha der SP-Fraktion (Nr. 2023-189)

Stadträtin Marie-Theres Beeler informiert darüber, dass der Stadtrat das Postulat übernehmen wird.

Albert Berisha (SP) dankt als Postulant und auch als FDP-Fraktionssprecher für die stadträtliche Zusage. Mit dem Postulat werden die dringlichsten Fragen im Zusammenhang mit den bevorstehenden Sanierungsarbeiten bei der A22 thematisiert und es soll zu guten und pragmatischen Lösungen motiviert werden. Die Sanierung der A22 wird zu Umleitungen führen, welche zum Teil von längerer Dauer sein werden. Auch wird es zu einer immensen Mehrbelastung der schon heute stark belasteten Hauptstrasse durch Liestal kommen, was wiederum Einbussen der Lebensqualität für die Bevölkerung sowie Auswirkungen für die Verkehrsteilnehmer zur Folge hat. Die bestmögliche Planung soll vorangetrieben werden, damit die Auswirkungen der A22-Sanierung für alle Betroffenen minimiert werden kann. Dies auch in Anbetracht dessen, dass die Liestaler-Bevölkerung aktuell bereits mit Ausnahmesituationen rund um all die Baustellen in Liestal leben muss. Auch sind wir für unsere Nachbargemeinden verantwortlich, welche von Rückstaubildungen usw. ebenfalls tangiert sein könnten. Er dankt für die Unterstützung seines Vorstosses.

Michael Durrer (GL) führt als Sprecher der Grünen Fraktion aus, dass seine Fraktion den Vorstoss ebenfalls unterstützen wird, denn die Sanierung der A22 wird uns noch lange beschäftigen. Die A22 hatte ja einmal dem Kanton gehört und nun ist der Bund zuständig, am meisten von der Sanierung werden aber Liestal und die umliegenden Gemeinden betroffen sein.

Thomas Eugster (FDP) findet als FDP-Fraktionssprecher, dass im Postulat mit Interpellationscharakter wichtige Fragen gestellt werden. Zentral ist die Frage nach der Verkehrsführung während den Sanierungsarbeiten. Dabei ist natürlich entscheidend, wie das Sanierungsprojekt überhaupt durchgeführt werden soll. Gibt es eine langjährige permanente Baustelle oder werden vielleicht einzelne Elemente mit kurzen Unterbrüchen ausgetauscht? Oder kommt gar die formidable mobile ASTRA-Bridge zum Einsatz? Die FDP-Fraktion fordert, dass das zuständige ASTRA ein Baukonzept und ein Verkehrskonzept erarbeitet, damit dafür gesorgt ist, dass es nicht zu tagtäglichem Verkehrskollapsen mit Auswirkungen auf das untergeordnete Strassenetz kommt. Das heisst, dass wir in Liestal keinen Stau- und Ausweichverkehr wollen. Zudem muss Liestal weiterhin gut erreichbar für den Individualverkehr bleiben. Die Bauarbeiten sollen mit möglichst geringen Immissionen für die Anwohner verlaufen. Es wird eine anspruchsvolle Aufgabe sein, denn die A22 ist eine der am stärksten befahrenen Strassen im Kanton. Tatsache ist natürlich auch, dass das ASTRA mit dem Sanierungsprojekt noch gar nicht angefangen hat und somit die gestellten Fragen im Vorstoss wohl vom Stadtrat nicht innert der 6-monatigen Frist beantwortet werden können. Trotzdem möchte auch seine Fraktion das Postulat überweisen, damit der Stadtrat gegenüber dem ASTRA bereits klar kommunizieren kann, welche Fragestellungen dem Einwohnerrat von Liestal wichtig sind.

Domenic Schneider (GLP) meint als Sprecher der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion, dass es in Basel relativ zackig ging, als die SBB verkündete, dass die Margrethenbrücke für Trams, Busse und Lastwagen gesperrt bleiben muss. Die Stadt Basel wurde von einem Tag auf den anderen mit recht komplexen Herausforderungen konfrontiert. Man weiss von dem Sanierungsbedarf der A22 in Liestal und so kann man nicht zuwarten, bis diese von der ASTRA geschlossen wird. Seine Fraktion begrüsst den Vorstoss ebenfalls, damit der Stadtrat Unterstützung bei seinem Vorsprechen bei dem ASTRA hat. Nicht Liestal muss sagen, wie der Verkehr während den Sanierungsarbeiten umgeleitet werden muss, denn dies muss in

Zusammenarbeit zwischen Liestal, dem Kanton und dem Bund passieren. Der Postulatsüberweisung wird man zustimmen.

Stadträtin Marie-Theres Beeler äussert, dass die Postulatsüberweisung eine sehr grosse Unterstützung für den Stadtrat sein wird, wenn dieser gegenüber dem ASTRA aufzutreten hat. Liestal ist mit zwei Fachleuten in der Begleitgruppe vertreten und die erste Sitzung steht noch bevor. Die Sanierungsarbeiten werden nicht ohne Beeinträchtigungen für Liestal möglich sein. Lokale Hilfen und Empfehlungen wird man dem ASTRA zur Verfügung stellen und auch Forderungen haben. Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen, wird dieses aber nicht in der gesetzten Frist abarbeiten können. Auch eine kontinuierliche Information der Bevölkerung ist wichtig, wie dies im Moment auch im Zusammenhang mit den SBB-Bauarbeiten der Fall ist. Die erwähnte niederschwellige Mitsprache der Bevölkerung sieht sie nicht so einfach, gibt es doch widersprüchliche und widersprechende Anliegen in der Einwohnerschaft in diesem Zusammenhang.

Stadtpräsident Daniel Spinnler hält ergänzend fest, dass der einwohnerrätliche Support für die weiteren Abklärungen und Verhandlungen des Stadtrates mit der bereits verabschiedeten Resolution und dem neuen Vorstoss sehr wichtig ist. Bereits beim Sanierungsprojekt müssen die nächsten Schritte bereits angedacht werden. Die Forderung, dass die A22 mittelfristig unter den Boden kommt, muss beim ASTRA ankommen. Auch der Gesamtsupport der Nachbargemeinden und auch der Waldenburgertal-Gemeinden usw. ist enorm wichtig. Und all denjenigen, die der IG „A22 unter den Boden“ noch nicht beigetreten sind, möchten dies noch nachholen, damit wir mit möglichst viel Stimmen auch das entsprechende Gewicht beim Kanton und in Bern bekommen. Dem Ratspräsidium möchte er bei dieser Gelegenheit zwei Libellen der IG „A22 unter den Boden“ überreichen.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2023-189 an den Stadtrat überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der Versammlung noch mündlich begründen können.

Sie stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) informiert darüber, dass das Büro in der Pause der heutigen Ratssitzung entschieden hatte, dass die nächste Einwohnerratssitzung vom 25. Oktober 2023 mangels spruchreifer Geschäfte abgesagt wurde. Diesen Abend haben sich wohl alle bereits reserviert und so könnte dieser für die Kommissionsarbeit genutzt werden.

Und wie eingangs erwähnt, treffen sich alle Interessierten im Anschluss an die Sitzung zum interfraktionellen Restaurantbesuch im Restaurant Krone.

Schluss der Sitzung: 19.25 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Ratspräsidentin

Anja Weyeneth

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann